

FOOD FIRST

NR. 1/26

LANDKONFLIKTE

KAMBODSCHA: ILLEGITIME KAUTSCHUKPLANTAGEN
STATT LEBENSRAUM FÜR MENSCHEN

SEITE 2

INDONESIEN – IM KAMPF GEGEN
EIN ZEMENTWERK

SEITE 4

BERICHTE ZUR LAGE
DER WSK-RECHTE

SEITE 11



FIAN
ÖSTERREICH

INT. MENSCHENRECHTS
ORGANISATION FÜR DAS
RECHT SICH ZU ERNÄHREN

DAS RECHT AUF NAHRUNG AUF DEN OHREN

Mitte März startet die **neue Podcastreihe „FoodFirst“** von FIAN Österreich.

Alle sechs Monate erscheint Food First und zeigt in drei Podcast-Folgen, wie Ernährungssysteme gerechter gestaltet werden können. Die Podcastreihe analysiert politische Rahmenbedingungen, beleuchtet internationale Prozesse und stellt konkrete Lösungsansätze vor: von agrarökologischer Landwirtschaft bis hin zu einer gerechteren Verteilung von Land und Ressourcen.

In der ersten Staffel **„Im Schatten der Lieferketten“** begeben wir uns in drei Teilen auf die Suche nach Menschenrechtsstandards in globalen Netzwerken der Lebensmittelproduktion.

Diese ist **vom 16. bis 18. März jeweils um 14:30 Uhr auf Radio Orange 94,0** zu hören und danach überall nachzuhören, wo es Podcasts gibt.



MENSCHENRECHTE STATT GESCHENKE

Ihnen steht ein großes Fest ins Haus und Sie wünschen sich keine Gutscheine, Blumensträuße oder Weinflaschen? Dann entscheiden Sie sich für eine Spende an FIAN statt Geschenke. Stellen Sie eine Spendenbox für Ihre Gäste auf und überweisen Sie dann einfach den gesammelten Betrag auf unser Spendenkonto

IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600

BIC: GIBATWWXXX

Bitte geben Sie als Verwendungszweck **"Spenden statt Geschenke"** an. Gerne schicken wir Ihnen Infomaterial für Ihr Fest zu, damit Sie Ihren Gästen zeigen können, wofür die Spenden gesammelt werden.

Schreiben Sie uns eine E-mail an **office@fian.at** oder rufen Sie an: **01 - 2350239**.

Ihre FIAN-Spende ist steuerlich absetzbar.

Bitte geben Sie hierfür bei Ihrer Spende Name, Geburtsdatum und Adresse an oder melden Sie sich unter **office@fian.at**.

Herzlichen Dank!

EDITORIAL

LIEBE LESER:INNEN,

die Fallarbeit bildet den Kern der menschenrechtlichen Arbeit von FIAN. Oft wird das Recht auf Nahrung der Betroffenen im Kontext von Landkonflikten verletzt. In unserem Schwerpunkt möchten wir daher einen Einblick in unterschiedliche Fälle geben, in denen Menschen um ihre Lebengrundlage kämpfen. FIAN setzt sich auf unterschiedlichen Ebenen für die Rechte der Betroffenen ein. Ende des Jahres 2025 haben wir gemeinsam mit einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen zwei Parallelberichte zur WSK-Staatenprüfung Österreichs 2026 in Genf veröffentlicht. Der Beitrag in diesem Heft gibt einen Einblick in die zentralen Punkte dieser umfangreichen Dokumente.

Wir möchten Sie einladen, mit uns aktiv zu werden: Anfang des Jahres 2026 startete die europäische Bürger:inneninitiative Good Food 4 All. FIAN Österreich ruft alle interessierten Menschen in Österreich dazu auf, mit einer Unterschrift ein Zeichen für ein gerechtes Ernährungssystem zu setzen. Alle weiteren Informationen und den Link zur Website der Bürger:inneninitiative finden Sie auf Seite 15.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Lukas Schmidt, Geschäftsleiter FIAN Österreich

THEMA

- 2 *Kambodscha: Illegitime Kautschukplantagen statt Lebensraum für Menschen*
- 4 *Indonesien – Im Kampf gegen ein Zementwerk*
- 6 *Sambia: FIAN dokumentiert Menschenrechtsverletzungen bei deutschem Agrarinvestor Amatheon*

KONZERNMACHT

- 8 *UN-Bericht: Konzernmacht gefährdet das Recht auf Nahrung*

KLIMAKRISE

- 10 *Ernährungsgerechtigkeit heißt Klimagerechtigkeit: Indigene Stimmen zur COP30 in Brasilien*

MONITORING

- 11 *Berichte zur Lage der WSK-Rechte*

FIAN INTERN

- 12 *FIAN bei der 9. Österreichischen Entwicklungstagung*
- 14 *Die europäischen FIAN Sektionen zu Gast in Wien*

KAMPAGNE

- 15 *Good Food 4 All – Die Europäische Bürger:inneninitiative für das Recht auf Nahrung*

FILMTAGE ZUM RECHT AUF NAHRUNG

- 16 *Hunger.Macht.Profite.14 – Von Landgrabbing, agrarökologischer Landwirtschaft und indigenem Widerstand*



© Michael Nanz / FIAN

KAMBODSCHA: ILLEGITIME KAUTSCHUKPLANTAGEN STATT LEBENSRAUM FÜR MENSCHEN

Der europäische Agrarkonzern Socfin sicherte sich in den Jahren 2008 und 2013 immense Waldflächen, die die kambodschanische Regierung unrechtmäßig verpachtete. Der Konzern rodete daraufhin etwa 12.000 Hektar Wald, der den Lebensraum der indigenen Bunong-Bevölkerung bildete. Nach dieser Katastrophe leidet die Bevölkerung heute unter Landmangel und Verschuldung, kultureller und sozialer Zerrüttung. FIAN Schweiz unterstützt die Indigenen-Organisation BIPA und hat sich kürzlich vor Ort über die aktuelle Situation informiert.

Ein vergangenes Leben in Frieden und in Harmonie mit der Natur

Bis vor gut 15 Jahren lebte das indigene Volk der Bunong in den Wäldern im östlichen Hochland von Kambodscha, wo es nachhaltigen Wanderfeldbau betrieb, Vieh weidete, Wildgemüse erntete sowie Waldmaterialien und Medizinalpflanzen nutzte. Heilige Wälder und Friedhöfe beseelten das Waldgebiet mit Geistern und Ahnen. Die Bunong lebten in Harmonie mit der Natur und in kultureller und sozialer Einheit.

Landverlust durch Landgrabbing

Ab 2008 änderte sich die Situation für die Bunong drastisch: Die kambodschanische Regierung erteilte drei wirtschaftliche Landkonzessionen im Umfang von 12.000 Hektar an den damals belgisch-luxemburgischen, heute von der Schweiz aus gesteuerten Palmöl- und Kautschukkonzern Socfin. Die Konzessionen betrafen Land, das als 'state public property' und 'natural protected area' klassifiziert war. In beiden Hinsichten war die Konzessionserteilung ohne komplexe vorgängige Anpassungsverfahren unzulässig. Deswegen und wegen der nicht vorgängig eingeholten freien Zustimmung der indigenen Bevölkerung sind die Konzessionen als unrechtmäßig einzu-

stufen. Der Konzern wusste um die Unrechtmäßigkeit, u.a. aufgrund der – bis heute unter Verschluss gehaltenen – Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen. Socfin rodete die naturnahe, höchst biodiverse Waldlandschaft und legte großflächige Kautschuk-Monokulturplantagen an. Die ca. 850 betroffenen Familien waren gezwungen, finanzielle Entschädigungen oder entferntes und oftmals schlechtes Ersatzland anzunehmen oder Kautschuk-Vertragsbäuer:innen unter sofortiger Verschuldung zu werden – und insbesondere auf die ihnen unbekannte stationäre Landwirtschaft auf zu wenig verfügbarer Landfläche umzustellen.

Widerstand, eingestellte Verhandlungen und eine gescheiterte Mediation

Proteste bei Socfin und den Behörden aller Stufen brachten keine Verbesserungen. Deshalb nahm die mittlerweile gegründete Bunong Indigenous People Association BIPA trilaterale Verhandlungen mit Socfin und staatlichen Behörden auf. Obwohl diese auf gutem Weg waren, mussten sie 2016 aus Geldmangel eingestellt werden. Daraufhin initiierte die Organisation 'Mekong Region Land Governance' (MRLG) ein bilaterales Mediationsverfahren, das von der Schweiz, Deutschland

und Luxemburg finanziert wurde. Nur 210 der mittlerweile ca. 1.000 betroffenen Familien entschlossen sich zur Teilnahme an diesem Vermittlungsverfahren, an dem der Staat – als Auslöser des Landkonflikts – nicht als aktive Partei beteiligt war. Somit standen die Vertreter:innen der Familien, aufgeteilt nach fünf Dörfern und zu einem erheblichen Teil analphabetisch, dem Weltkonzern allein und in einem gewaltigen Machtgefälle gegenüber. Die Mediation wurde – entgegen der indigenen Tradition – unter strikter Geheimhaltung gestellt, die bis heute nicht aufgehoben wurde. FIAN Schweiz erhielt unter der Hand einige Vereinbarungen und musste feststellen: Der Konzern hat alles gewonnen – er muss kein Land zurückgeben – und die Familien haben alles verloren: Insbesondere den Anspruch auf Landrückgabe im Gegenzug zu minimalen Entwicklungsbudgets. Damit kam die Lösung des Landkonflikts nicht nur keinen Schritt voran, sondern die bestehenden Unrechtsverhältnisse wurden noch zementiert.

Die Situation heute: Eine zerrüttete und verschuldete Bevölkerung unter mehrfachem Druck

FIAN Schweiz, vertreten durch Michael Nanz, besuchte im August 2025 die Region und die betroffenen Menschen. Er traf eine geschwächte Gemeinschaft an, die entlang mancher Bruchlinien gespalten ist und den Zusammenhalt verloren hat, die größtenteils verschuldet ist und in Armut lebt – und trotzdem mit Gastfreundschaft, Herzlichkeit und Gelassenheit beeindruckte. Ein Teil der Bevölkerung hat jede Hoffnung verloren, ein anderer Teil mag keinen neuen Kampf mehr aufnehmen, und ein dritter Teil fordert weiterhin mit Vehemenz und Kampfgeist das verlorene Land zurück.

Es steht weder für die lokale Nahrungsmittelversorgung noch für die Einkommenserzeugung genügend Land zur Verfügung, und es ist kaum noch Wald für die traditionelle Nutzung übriggeblieben. Unter dem hohen Nachfragedruck muss das Land immer wieder gegen Übergriffe von auswärtigen und lokalen Angehörigen der Khmer verteidigt werden, begleitet von Korruption, Einschüchterung und Gerichtsprozessen. Die Bunong versuchen, sich mit dem Anbau von 'cash crops' (einträglichen Exportprodukten) wie Kaffee, Pfeffer, Cassava und Kautschuk über Wasser zu halten, was jedoch zulasten der lokalen Nahrungsmittelversorgung geht.

Der Kolonialismus wirkt bis heute

Beschlagnahmung von Land ohne Konsultation der Bevölkerung, Anbau eines Exportprodukts zur Bereicherung europäischer Aktionär:innen und ohne Nutzen für die Region, Zerstörung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Existenzgrundlage der Bevölkerung: All dies zeigt, wie sehr sich koloniale Prozesse in der Gegenwart wiederholen und von strukturellem Rassismus unterlegt sind. Interessanterweise bestätigte eine von Socfin bei der Earthworm Foundation in Auftrag gegebene Untersuchung manche diesbezüglichen Vorwürfe.



Anstelle der ursprünglichen Wälder wurden monotone, naturferne und totenstille Kautschukplantagen errichtet.

© Michael Nanz / FIAN

Ein neuer Konfliktlösungsprozess

Ein Netzwerk von Organisationen der indigenen Bevölkerung veranstaltete im August 2025 eine Versammlung, die erstmals seit vielen Jahren wieder von Personen aus allen betroffenen Dörfern besucht wurde. Unter Mitwirkung des FIAN-Vertreters wurden insbesondere der auf Khmer übersetzte Earthworm-Bericht und der ebenfalls übersetzte Aktionsplan von Socfin in der Sprache der Bunong vorgestellt und diskutiert. Es wurde klar: Die Teilnehmenden betrachten auch nach 17 Jahren das ganze Land noch immer als den Bunong gehörig und fordern es mit Vehemenz und ohne Umschweife zurück.

Die nationale Regierung kann nicht zur Verantwortung gezogen werden, da sie weder auf Menschenrechtsorganisationen noch europäische Regierungen noch UN-Organe hört und die kambodschanische Justiz weitgehend korrupt ist. Socfin als Konzern, der in Rechtsstaaten niedergelassen ist und um seinen Ruf bei Abnehmer:innen und Geldgeber:innen bangen muss, kommt die größte Rolle bei der Lösung und Wiedergutmachung des Landkonflikts zu. Europäische Regierungen, UN- und OECD-Organe sowie Abnehmer:innen und Geldgeber:innen von Socfin können und müssen ihren Teil dazu beitragen. Ein Verbund zivilgesellschaftlicher Organisationen wird diesen erneuerten, menschenrechtsbasierten Konfliktlösungsprozess vorantreiben.

Michael Nanz ist Co-Präsident von FIAN Schweiz

LANDKONFLIKT

INDONESIEN – IM KAMPF GEGEN EIN ZEMENTWERK

In Zentraljava in Indonesien plant das Unternehmen Heidelberg Materials eine Kalksteinmine und ein Zementwerk, mit massiven Folgen für die lokale und indigene Bevölkerung vor Ort. Der Zugang zu Trinkwasser und Boden für die Landwirtschaft ist durch das Projekt gefährdet, und somit auch die Ernährungssouveränität von über 35.000 Menschen. Wir haben mit Insa Heinke, Referentin für Südostasien von FIAN Deutschland, über das Projekt und die Folgen für die Bevölkerung gesprochen.



Kendeng-Gebirge, © FIAN

Das Unternehmen Heidelberg Materials plant in Zentraljava in Indonesien eine Kalksteinmine und ein Zementwerk. Kannst du kurz etwas zu Heidelberg Materials sagen und um was es bei diesem Projekt konkret geht?

Heidelberg Materials, ehemals Heidelberg Cement, ist einer der größten Zementhersteller der Welt. Seine indonesische Tochter Indocement plant seit 2010 den Bau eines Zementwerks mit Kalksteinbruch im Kendeng-Gebirge im Bezirk Pati auf Zentraljava, Indonesien - ein wichtiges Herstellungsland für Zement.

Die Bewohner:innen des Kendeng-Gebirges werfen dem Unternehmen vor, dass das geplante Projekt Wasserressourcen und das lokale Ökosystem unwiderruflich schädigen wird und somit ihre Lebensgrundlage bedroht. Die lokalen Gemeinden lehnen deswegen das Projekt ab und verweigern ihre Zustimmung, die laut menschenrechtlichen Standards für den Bau eines solchen Projektes benötigt wäre. Außerdem kritisieren die Gemeinden mangelhafte Durchführung der Umweltanalyse sowie Intransparenz während des Planungsprozesses von Seiten des Unternehmens.

Der Protest der Gemeinden gegen das Projekt hat bisher die endgültige Entscheidung zum Baubeginn aufschieben können. Dennoch scheint Indocement bisher an den Plänen festzuhalten.

Welche Folgen hätte dieses Projekt für die lokale Bevölkerung?

Die Realisierung des Projektes hätte massive ökologische und soziale Folgen für die Menschen, die in der Region leben. Der Bergbau würde lebenswichtige Wasserquellen zerstören und das lokale Ökosystem, inklusive den Lebensraum seltener Pflanzen- und Tierarten schädigen. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass das Projekt den Zugang zu Trinkwasser und den fruchtbaren Boden für die Landwirtschaft zerstören würde. Das Land ist die Basis für der Ernährungssicherheit von mindestens 35.000 Menschen. Somit steht ihre Existenzgrundlage auf dem Spiel. Auch kulturell hat das Gebirge einen hohen Wert, denn das Land hat spirituelle Bedeutung für die Indigenen Samin.

Das Kendeng-Gebirge besteht aus Karst, einer Gesteinsformation, die Regenwasser und Kohlendioxid aufnimmt und speichert. So bilden sich Höhlen, Quellen und unterirdische Flüsse. Karstgebirge standen in Indonesien unter Schutz, aber 2010 gab die Regierung 5.000 Hektar der Region Pati für industrielle Zwecke frei. Die Erfahrung aus anderen Karst-Gebieten zeigt, dass Bergbau schwere Schäden an der Wasserqualität und für die Landwirtschaft anrichten kann. Schon jetzt erlebt die Region Pati extreme Überschwemmungen und Dürren mit Ernteverlusten. Der geplante Bergbau würde das gespeicherte Wasser und Kohlendioxid freisetzen, wodurch sich die Wahrscheinlichkeit für Überschwemmungen noch weiter erhöht.

Die Bewohner:innen der Region, vor allem auch die indigene Bevölkerung der Samin, setzen sich gegen das Projekt ein. Wie gehen die Menschen vor Ort gegen das Projekt von Heidelberg Materials vor?

Im Protest gegen den Bau des Zementwerks haben lokale Gemeinden sich in einer Bürger:innenbewegung organisiert. Vor mehr als 10 Jahren gründeten Sie das „Netzwerk der Menschen, denen das Kendeng-Gebirge am Herzen liegt“ (JM-PPK).



Landwirtschaft am Fuße des Kendeng-Gebirges, © FIAN

Gemeinsam mit Wissenschaftler:innen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und als Teil einer internationalen Kampagne gehen die Menschen aktivistisch und juristisch gegen die Pläne vor. Die Initiative sammelte wichtige Informationen und organisierte wissenschaftliche Untersuchungen, um diese dann der Bevölkerung bekannt zu machen und internationale Aufmerksamkeit zu erreichen. Kreative Proteste fanden in Indonesien und in Deutschland statt, zum Beispiel vor der deutschen Botschaft oder bei den Aktionärshauptversammlungen von Heidelberg Materials.

Auch auf juristischem Wege ging JM-PPK gegen die Pläne vor und reichte vor indonesischen Gerichten mehrere Klagen ein. Eine Umweltklage von 2023 machte so zum Beispiel darauf aufmerksam, dass die Ergebnisse einer Umweltverträglichkeitsprüfung des Unternehmens nicht mit Untersuchungen von geologischen Expert:innen übereinstimmen. Die Expert:innenanalyse fand deutlich mehr Höhlen und Quellen in dem Gebiet, das von dem Projekt bedroht wird.

Im September 2020 haben die lokalen und indigenen Gemeinschaften eine OECD-Beschwerde gegen Heidelberg Materials eingereicht. Was ist eine OECD-Beschwerde und wie ging es mit dieser Beschwerde weiter?

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen umfassen Menschenrechte und Umweltstandards für unternehmerisches Handeln und legen fest, dass OECD-Mitgliedstaaten eine Nationale Kontaktstelle einrichten, die sich mit Beschwerden über Verstöße gegen die Richtlinien befasst.

Im Jahr 2020 reichten die Gemeinden aus dem Kendeng-Gebirge Beschwerde bei der deutschen Nationalen Kontaktstelle ein, auf der Grundlage, dass Heidelberg Cement, nunmehr Heidelberg Materials, die OECD-Leitsätze im Zuge des Vorgehens seiner Tochtergesellschaft PT Indocement verletze. Unterstützt wurde die Beschwerde von Inclusive Development International, der Heinrich-Böll-Stiftung und

FIAN Deutschland. Das Beschwerdeverfahren dauerte fast vier Jahre und umfasste eine Mediation zwischen dem Unternehmen und den Beschwerdeführenden.

Anfang 2024 scheiterte die Mediation daran, dass Heidelberg Materials auf strenge Vertraulichkeitsregeln beharrte, während es für die Beschwerdeführenden sehr wichtig ist, die anderen Menschen der Bürger:innenbewegung und Gemeinde zu informieren.

Welche weiteren Schritte unternimmt die Bevölkerung vor Ort, um das Projekt von Heidelberg Materials in Zentraljava zu verhindern?

Trotz des Scheiterns der Mediation ebte der Widerstand in Indonesien und Deutschland nicht ab. Die Betroffenen fordern weiterhin, dass die Pläne nicht umgesetzt werden. Gemeinsam in Netzwerken mit anderen Bewohnenden von Karst-Gebieten fordert JM-PPK unter anderem von der Bezirksregierung, den Schutz von Karst-Gebieten in Indonesien voranzutreiben, Bergbauaktivitäten in den Kendeng-Bergen zu stoppen, sowie Wiederaufforstung zu ermöglichen.

Auch auf internationaler Ebene und in Deutschland setzen die Gemeinden und die Bürger:innenbewegung den Protest fort, durch Öffentlichkeitsarbeit, Aktivismus und mit der Ausschöpfung rechtlicher Mittel.

Welche weiteren Optionen zur internationalen Unterstützung gibt es?

Seit mehreren Jahren führt das Netzwerk gemeinsame Advocacy durch, die durch internationale Solidarität unterstützt wird. Eine Petition erreichte zum Beispiel über 200.000 Unterschriften. Von Deutschland aus wird weiter auf die menschenrechtlichen Konsequenzen und Verstöße gegen internationales Recht aufmerksam gemacht.

Denn auch gegen deutsches Recht würde Heidelberg Materials mit dem Durchsetzen der Pläne verstoßen: Als deutsches Unternehmen mit über 4.000 Beschäftigten fällt Heidelberg Materials sowie seine Tochter Indocement unter das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz – ein Gesetz, das menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen festlegt. Demnach gibt es die Möglichkeit für Betroffene, bei (drohenden) Verstößen eine Beschwerde beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) einzureichen, der Behörde, die die Umsetzung und Einhaltung kontrolliert und Ermittlungen einleiten kann.

FIAN unterstützt die Betroffenen weiterhin und wird Anfang 2026 die Gemeinden vor Ort besuchen, um die nächsten Schritte abzusprechen. Die internationale Aufmerksamkeit muss weiterhin verstärkt werden und FIAN und die Partner:innen werden weiterhin über den Widerstand der Menschen im Kendeng-Gebirge berichten.

Insa Heinke ist Referentin für Südostasien bei FIAN Deutschland.

LANDKONFLIKT

SAMBIA: FIAN DOKUMENTIERT MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN BEI DEUTSCHEM AGRARINVESTOR AMATHEON

In Oktober hat FIAN eine umfangreiche Studie zur Fallarbeit in Sambia veröffentlicht. Darin werden gravierende Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Voraus ging eine mehrjährige Recherche, in der FIAN auf umfangreiche Konflikte um Land und Wasser sowie auf Zwangsräumungen und die illegale Beschlagnahmung von Vieh stieß. FIAN sieht die deutsche Bundesregierung in der Pflicht, gegen Rechtsverstöße des Berliner Investors vorzugehen. Deren Handlungswille ist jedoch gering.

Amatheon ist über 14 Tochterfirmen in der Agrarwirtschaft von Sambia, Simbabwe und Uganda aktiv. Die mit Abstand größte Investition tätigte das Unternehmen in Sambia. Nach eigenen Angaben hat Amatheon dort seit 2012 rund 40.000 Hektar Land erworben und gilt damit als größter deutscher Agrarinvestor auf dem afrikanischen Kontinent.

Seit 2014 hatte FIAN die deutsche Botschaft in Sambia regelmäßig auf gravierende Probleme hingewiesen. Auch über akute Bedrohungslagen von Bäuerinnen und Bauern haben wir verwiesen und auf ein entschlossenes Handeln gedrungen. Die vielfältigen Versuche, die Botschaft zu einer Reaktion gegenüber dem Investor zu bewegen und damit die extraterritorialen Menschenrechtspflichten Deutschlands umzusetzen, liefen leider weitgehend ins Leere.

In der aktuellen, 40-seitigen Studie hat FIAN nun erstmals die gesammelten Informationen gebündelt und für die Öffentlichkeit dokumentiert. Dabei geht es besonders um Vertreibungen, den Verlust des Zugangs zu Wasser und die Beschlagnahmung von Vieh der lokalen Bäuer:innen durch Amatheon.

Gewaltsame Vertreibungen

Allein im Jahr 2024 wurden Räumungen von vier Dörfern dokumentiert. Davon betroffen waren insgesamt 151 Haushalte, was etwa 760 Personen entspricht. Ganze Dorfgemeinschaften verloren innerhalb kurzer Zeit ihr Zuhause und ihre Ernten. Da lediglich diese Dörfer von FIAN besucht und die Fälle dort dokumentiert wurden, während viele weitere Konfliktgebiete mit Räumungsandrohungen bekannt sind, ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Laut lokalen Quellen könnten bis zu 11.000 Menschen in 19 Dörfern von Vertreibungen bedroht und betroffen sein.

An einem der Orte, dem Dorf Apex am östlichen Rand der Amatheon-Aktivitäten, leben rund 40 Familien. Diese berichteten FIAN, dass ihr Dorf innerhalb von neun Monaten drei Mal gewaltsam geräumt wurde. Dabei wurden Häuser zerstört oder niedergebrannt. Die Betroffenen berichteten übereinstimmend, dass bewaffnete Mitarbeiter der sambischen Wildtierbehörde ZAWA gemeinsam mit Amatheon-Personal mit Schlagstöcken an den Räumungen beteiligt waren. Beatrice Kalonga beschreibt: „Etwa acht Personen kamen früh am

Morgen. Sie hatten Gewehre und Schlagstöcke. Und sie hatten Benzin dabei. Sie übergossen die Häuser mit Benzin und steckten sie in Brand.“ Ein weiterer Bauer erklärt: „Wir schlafen jetzt oft in den Büschen, weil wir Angst haben, dass sie wiederkommen.“ Auf Nachfrage wurde FIAN erklärt, dass den Dorfbewohner:innen keine gerichtlichen Anordnungen vorgelegt wurden, welche Grundlage jedweder Räumungen sein müssen. Auch erhielt niemand eine gesetzlich vorgeschriebene Entschädigung oder Umsiedlung auf rechtlich gesichertes Ersatzland. Über eine Recherche im sambischen Landregister wurde geprüft, ob Amatheon als Besitzer der Farmen eingetragen ist, welche die Firma beansprucht. Das erstaunliche Ergebnis: Lediglich 18 Farmen mit einer Fläche von 8.700 Hektar Land konnten als Besitz von Amatheon identifiziert werden. Das sind weniger als ein Viertel der 38.760 Hektar, die das Unternehmen 2014 angab. Dennoch werden in großem Umfang Menschen von ihrem Land verdrängt – auch von Land, das Amatheon offenbar überhaupt nicht erworben hat.

Konflikte um Wasser

Ein weiteres zentrales Problem sind Konflikte um Wasser. Die beiden Flüsse Kapwashe und Kayande, die sich zum Kaluanyembe vereinigen, der dann in den Kafue mündet, bilden die Lebensader der Region. Sie sind für den Gemüseanbau, die Bewässerung von kleineren Maisfeldern (insbesondere während der Trockenzeit) sowie das Tränken der Tiere von zentraler Bedeutung.

Seit dem Bau zweier Staudämme durch Amatheon für den Anbau in Monokulturen sind die Flüsse Kapwashe, Kayande und Kaluanyembe jedoch über weite Teile des Jahres ausgetrocknet. Für rund 5.000 Haushalte flussabwärts bedeutet dies, dass sie insbesondere während der Trockenzeit nur sehr eingeschränkten Zugang zu Wasser haben. Viele Familien mussten den Gemüseanbau entlang der Flüsse aufgeben. Eine zentrale Ernährungs- und Einkommensgrundlage ging verloren.

„Früher konnten wir das ganze Jahr über Gemüse anbauen, damit Geld verdienen und gutes Essen auf den Tisch bringen. Jetzt haben wir nicht mehr genug Einkommen, um die Schulgebühren für alle Kinder zu bezahlen. Wir essen nur noch zweimal am Tag“, erklärt Oidy Choongo, Bewohnerin eines Dorfes

am Westrand der Agrarflächen von Amatheon. Ihr Gemüsegarten lag direkt am Fluss und wurde 2019 aktiv zerstört. Sie berichtet, dass die Tomatenpflanzen samt Wurzeln herausgerissen wurden. „Amatheon hat das Blattgemüse mit einem Unkrautvernichtungsmittel übergossen“, ergänzt sie. Zuletzt wurde trockenes Stroh verteilt und die Fläche in Brand gesetzt. Als FIAN 2024 die Stelle besuchte, fanden wir ein Stück Stacheldraht, das um ihr Gemüsefeld gespannt war und die Ziegen fernhalten sollte. Frau Choongo fordert jetzt: „Ich möchte für die Zerstörung meiner Gärten entschädigt werden.“

Tiere auf der Suche nach Wasser festgesetzt

Ein weiteres großes Problem der Gemeinden ist, dass Amatheon rechtswidrig Rinder und Ziegen beschlagnahmt, wenn diese sich auf dem vom Unternehmen beanspruchten Gelände aufhalten oder dieses passieren. Das geschieht häufig, wenn die Tiere auf der Suche nach Wasser sind. Und auch hier gilt: Die Dunkelziffer ist sicherlich weit größer, da wir bei weitem nicht alle umliegenden Gemeinden besuchen konnten. Wir haben aber festgehalten, dass in mindestens vier Gemeinden über 40 Haushalte betroffen waren. Um ihre Tiere zurückzuerhalten, müssen die Bauern und Bäuerinnen 500 sambische Kwacha (etwa 17,50 Euro) pro Rind zahlen. Das entspricht fast einem Viertel des durchschnittlichen Monatseinkommens im ländlichen Sambia. Viele Familien berichten, dass sie andere Tiere verkaufen müssen, um die Gebühren aufzubringen. Und für viele Familien sind ihre Tiere eine wichtige Lebensgrundlage. Wenn sie konfisziert werden, verlieren sie nicht nur ihr Einkommen, sondern auch ihre Ernährungssicherheit.

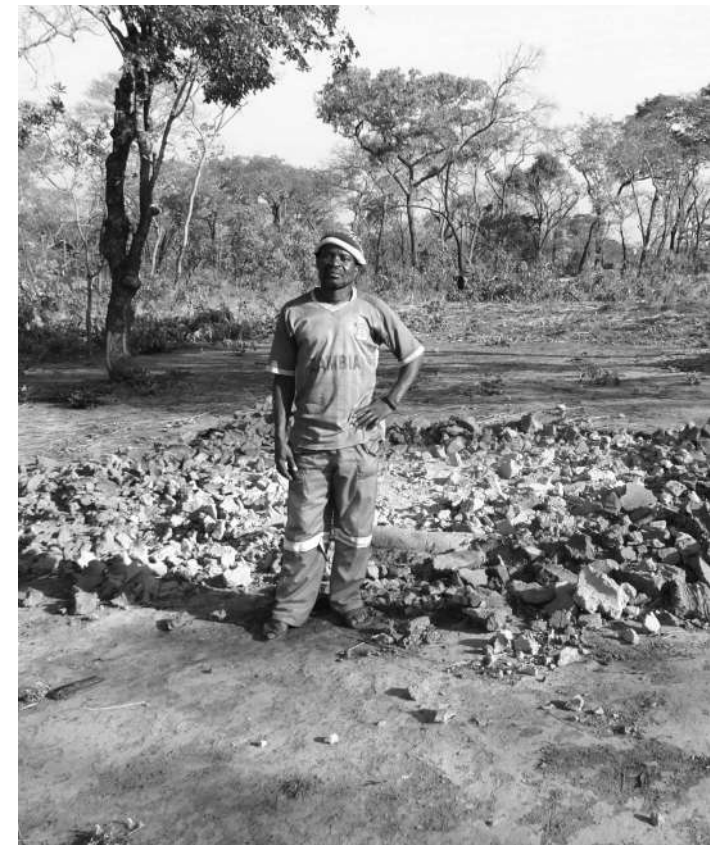
Das sambische Landwirtschaftsministerium bestätigte FIAN gegenüber, dass das Vorgehen von Amatheon rechtswidrig sei. Die Betroffenen fordern nun die Rückzahlung der Gebühren.

Ein Blick auf Deutschlands Rolle

Der sambische Staat ist für die Einhaltung der Rechte auf Nahrung, Wasser und Wohnen vor Ort primär verantwortlich. Die sambische Schwestersektion FIAN Zambia ist sehr engagiert dabei, diese Rolle des Staates einzufordern.

Zudem trägt Amatheon Verantwortung für die massiven Menschenrechtsverletzungen und muss die Betroffenen für Vertreibungen, Ernteauffälle und zerstörtes Eigentum entschädigen. Unsere Öffentlichkeitsarbeit in Sambia und Deutschland ist ein wichtiger Hebel für diese Forderungen.

Mehr noch, FIAN fordert, dass die deutsche Regierung ihren extraterritorialen Staatenpflichten nachkommt und Menschenrechtsverletzungen durch Amatheon umfassend untersucht. Sie muss wirksame Verwaltungs-, Untersuchungs- und Rechtsprechungsmaßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass deutsche Unternehmen auch im Ausland die Menschenrechte achten und für Verstöße konsequent zur Verantwortung gezogen werden. Dies ist nicht zuletzt in Artikel 1 des Gesetzes über den Auswärtigen Dienst verankert.



Victor Kamchuluk vor seinem zerstörtem Haus, © FIAN

Demnach dient die Arbeit der Botschaften „der Wahrung der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte.“

Leider ist die Erfahrung zum Fall Amatheon eine andere. Insgesamt hat sich die Botschaft in den letzten Jahren zu einseitig auf die Argumente und Rhetorik des Investors verlassen. Als FIAN-Mitglieder 2023 die Botschaft in einer Briefaktion zum Handeln aufforderten, stellte die Botschaft ihre eigene Handlungsfähigkeit in Frage: „Ohne die erforderlichen personellen Kapazitäten können wir uns daher nur bedingt ein Bild von der Situation vor Ort machen.“ Aber noch im Sommer 2024, als der deutsche Gründer von Amatheon, Lars Windhorst, die Farm zusammen mit dem sambischen Präsidenten besuchte, erklärte der anwesende Vertreter der deutschen Botschaft: „Ich möchte Amatheon meine Dankbarkeit für soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit aussprechen.“

Roman Herre ist Agrarreferent bei FIAN Deutschland.

Die Studie „Amatheon in Sambia: Gewalt und Vertreibung durch einen deutschen Agrarinvestor“ steht zum Download auf der Website von FIAN Deutschland (www.fian.de) zur Verfügung. Eine gedruckte Version kann bei der Geschäftsstelle bestellt werden. Die Erarbeitung der Studie wurde von Jan Urhahn, ehemaliger Büroleiter der Rosa Luxemburg Stiftung in Johannesburg, maßgeblich unterstützt.

KONZERNMACHT

UN-BERICHT: KONZERNMACHT GEFÄHRDET DAS RECHT AUF NAHRUNG

Die Vereinten Nationen schlagen Alarm: In seinem Ende Juli vorgestellten Bericht zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung kritisiert der UN-Sonderberichterstatter Dr. Michael Fakhri die zunehmende Machtkonzentration im globalen Ernährungssystem. Fakhri kommt zu dem Ergebnis, dass wenige transnationale Konzerne bestimmen, was wir essen, wie Lebensmittel produziert werden und zu welchem Preis sie erhältlich sind. Die Folgen für Umwelt, Gesundheit und Menschenrechte sind gravierend. An mehreren Stellen stützt sich der Bericht auf Eingaben von FIAN.

Die Lebensmittelproduktion hat sich seit den 1960er Jahren rasant industrialisiert. Mit jeder Welle an Übernahmen wurde die Marktmacht stärker konzentriert. Heute kontrollieren vier Konzerne (Bayer, Corteva, Syngenta, BASF) über die Hälfte des kommerziellen Saatgutmarktes und mehr als 60 Prozent des Pestizidmarktes. Ähnlich dominant ist eine kleine Zahl von Anbietern bei Düngemitteln, Landmaschinen und Tierarzneien. Diese Oligopole treiben Preise nach oben, drücken Löhne nach unten und schaffen Abhängigkeiten, welche Kleinbäuer:innen und Konsument:innen gleichermaßen entrechteten.

Koloniale Wurzeln bestehender Machtstrukturen

Das heutige Ernährungssystem ist aus kolonialen Strukturen hervorgegangen. Schon im 19. und frühen 20. Jahrhundert legten imperiale Märkte fest, welche Regionen Rohstoffe liefern sollten und welche Produktionsweisen zugelassen waren. Ganze Gebiete wurden auf Exportpflanzen wie Zuckerrohr, Baumwolle, Kakao, Tee oder Kaffee festgelegt, während die lokale Nahrungsmittelproduktion verdrängt wurde. Der Sonderberichterstatter sieht hierin die Wurzeln der heutigen Situation.

Ungleichheit und Landkonzentration

Extreme Landungleichheit bleibt eine Hauptursache für Hunger und Mangelernährung. Wer Land besitzt, entscheidet darüber, wer Nahrung produzieren und davon leben kann. Sonderberichterstatter Fakhri zitiert hierzu die Zahlen der FIAN-Studie Lords of the Land von 2024: „Gerade mal ein Prozent der industriellen Landwirtschaftsbetriebe kontrolliert 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche [...]. Dieser Land- und Wasserraub, der im Namen der Steigerung von Produktivität durchgeführt wird, hat indigenen Völkern und ländlichen Gemeinschaften geschadet“ (A/80/213, para. 33).

Agrarland ist dabei immer stärker zu einem Finanz- und Spekulationsobjekt geworden – mit gravierenden wirtschaftlichen Folgen: Millionen Menschen werden von ihrem Land vertrie-



Michael Fakhri (links: Sofia Monsalve/FIAN International)
© FIAN

ben oder in unsichere Arbeitsverhältnisse gedrängt. Indigene Völker verlieren nicht nur ihre Lebensgrundlage, sondern auch ihre kulturelle Identität und ihre Verbindung zu Territorien. Dieser Trend wird durch technische Neuerungen vorangetrieben, wie durch die Digitalisierung von Landtiteln in Brasilien und Indien, durch welche indigene Völker über Nacht faktisch enteignet wurden. Ohne eine grundlegende Umverteilung von Landbesitz kann die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung nicht erreicht werden.

Folgen für Umwelt, Gesundheit und Menschenrechte

Die Konzentration von Macht im Ernährungssystem hat weitreichende Folgen. Der Sonderberichterstatter beschreibt eindrücklich, wie die industrielle Landwirtschaft die natürlichen Lebensgrundlagen vieler Menschen zerstört. Monokulturen, die sich auf chemische Düngemittel und Pestizide stützen, führen zu Bodenerosion, zur Verschmutzung von Flüssen und

zum Verlust der Artenvielfalt. Diese Produktionsweisen sind zudem ein zentraler Treiber der Klimakrise. Sie stoßen große Mengen an Treibhausgasen aus und verstärken durch die Abholzung von Wäldern die globale Erwärmung. Ernteausfälle, Dürren und Überschwemmungen machen die Folgen bereits heute spürbar.

Parallel dazu breitet sich der Konsum hochverarbeiteter Produkte aus. Vor diesem Trend warnt der Sonderberichterstatter mit deutlichen Worten: „Hochverarbeitete Produkte basieren auf billigen, leicht austauschbaren Zutaten, sind lange haltbar, machen süchtig, führen zu Überkonsum, bergen ein hohes Risiko für Fettleibigkeit und nicht übertragbare Krankheiten und können zu einem viel höheren Preis als ihren Produktionskosten verkauft werden. Das Ergebnis ist, dass Unternehmen die Ernährungsvielfalt verringern“ (A/80/213, para. 18). Insbesondere Kinder sind die Zielgruppe des aggressiven Marketings, was durch das Wachstum von Supermärkten und Fast-Food-Ketten vielerorts begünstigt wird.

Politik oftmals an Konzerninteressen orientiert

Die Konzentration der Lebensmittelproduktion schwächt auch die Demokratie. Große Unternehmen können enormen Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Sie wirken auf Gesetzgebungsprozesse, Handelsabkommen und internationale Institutionen ein. Viele Regierungen passen ihre Agrar- und Handelspolitik an Konzerninteressen an, weil sie auf Investitionen hoffen oder durch internationale Verträge oder den Schuldendienst gebunden sind. Diese Entwicklung ist auch bei den Vereinten Nationen sichtbar. Ausdrücklich kritisiert der Sonderberichterstatter den unverhältnismäßig hohen Einfluss von Konzernen beim UN-Weltgipfel zu Ernährungssystemen.

Auch Arbeitsrechte sieht der Sonderberichterstatter bedroht: „Die Arbeitnehmer:innen erhalten oft keinen existenzsichernden Lohn, werden zu langen Arbeitszeiten gezwungen, haben keine Verträge und keinen Sozial- oder Mutterschutz, sind Diskriminierung ausgesetzt, sind ohne angemessenen Schutz schädlichen Substanzen ausgesetzt und ihr Recht auf gewerkschaftliche Organisation wird eingeschränkt. Frauen und Wanderarbeiter:innen sind mit besonderen Härten konfrontiert, was die bestehenden Ungleichheiten noch verschärft“ (A/80/213, para. 11).

Alternativen und Forderungen

Der Bericht verbleibt nicht bei seiner Kritik, sondern verweist auf Alternativen, die in verschiedenen Teilen der Welt entwickelt und praktiziert werden. So setzen Bewegungen für Ernährungssouveränität dem Konzernmodell ein anderes Verständnis entgegen: Gemeinschaften sollen selbst bestimmen können, wie und unter welchen Bedingungen sie Nahrung produzieren, verteilen und konsumieren. Damit geht es nicht nur um Produktionsweisen, sondern auch um Fragen von Macht, Verteilung und demokratischer Kontrolle.

Ein zentraler Ansatz hierbei ist die Agrarökologie. Sie verbindet ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit. Agrarökologische Betriebe arbeiten mit vielfältigen Anbausystemen, erhalten die Biodiversität und sind weniger abhängig von externen Schocks. Sie stärken lokale Märkte, reduzieren Transportwege und schaffen sichere Einkommensmöglichkeiten für Bäuer:innen.

FIAN hatte in seinen Eingaben die vielfältigen agrarökologischen Ansätze in Deutschland aufgezeigt und auf die großen Erfolge in Brasilien hingewiesen. Dort hat der Nationale Ernährungsrat unter aktiver Beteiligung von sozialen Bewegungen agrarökologische Programme auf den Weg gebracht, welche Millionen Menschen Zugang zu gesunden Lebensmitteln sichern. Besonders das Schulernährungsprogramm, das lokale bäuerliche Produktion mit öffentlicher Versorgung verbindet, gilt international als Vorzeigemodell. Solche Systeme leisten gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz.

Empfehlungen an Politik

Alternativen zu stärken und die Macht der dominanten Unternehmen einzuschränken erfordert laut UN-Sonderberichterstatter Michael Fakhri konkrete politische Schritte. „Aus menschenrechtlicher Sicht untergräbt die Machtkonzentration von Unternehmen im Ernährungssystem die Handlungsfähigkeit und Autonomie der Menschen“ (A/80/213, para. 76). Deswegen müssen die seit über zehn Jahren andauernden Verhandlungen über ein verbindliches Abkommen zu transnationalen Konzernen, an denen sich auch FIAN aktiv beteiligt, zu einem substanziellen Ergebnis kommen. Monopole müssen reguliert und Wettbewerbsrechte konsequent durchgesetzt werden. Kollektive Rechte an Land und Saatgut müssen rechtlich abgesichert werden, damit Gemeinschaften nicht von Konzernen verdrängt werden. Öffentliche Gelder sollten gezielt in agrarökologische Programme fließen und ungesunde Lebensmittel höher besteuern, anstatt industrielle Großprojekte zu subventionieren. Auch lokale Märkte und städtische Ernährungspolitiken können gestärkt werden, damit Verbraucher:innen Zugang zu gesunden und bezahlbaren Lebensmitteln haben.

FIAN und unsere Partner:innenorganisationen sehen sich durch diese Schlussfolgerungen gestärkt. Sie zeigen, dass ein grundlegender Kurswechsel nötig ist, um das Menschenrecht auf Nahrung weltweit zu sichern. Der Bericht macht jedoch deutlich: Ein gerechtes und nachhaltiges Ernährungssystem ist möglich, es wird bereits in vielen Regionen praktiziert. Die Aufgabe besteht darin, diese Ansätze zu verbreiten und politisch abzusichern.

Theo Kaiser studiert im Master „Internationale Beziehungen“ in Oxford. Bericht „Corporate power and human rights in food systems“ hier abrufen: www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/a80213-corporate-power-and-human-rights-food-systems-report-special

ERNÄHRUNGSGERECHTIGKEIT HEIßT KLIMAGERECHTIGKEIT: INDIGENE STIMMEN ZUR COP30 IN BRASILIEN

Die 30. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP30), die vom 10. bis 21. November 2025 in Belém stattfand, war auf einzigartige Weise durch indigene Stimmen und Interventionen geprägt. Die im Bundesstaat Pará im Norden Brasiliens gelegene Stadt wird auch als „Tor zum Amazonasgebiet“ bezeichnet. Durch die bewusst gewählte geografische Lage wurde die Konferenz zu einem Symbol für die enge Verknüpfung ökologischer Krisen, der Erhaltung des Regenwaldes sowie kleinbäuerlicher und indigener Rechte im globalen Verhandlungsraum internationaler Klimapolitik.

Seit 1995 verhandeln die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen jährlich über notwendige Klimaschutzmaßnahmen. Von großer Bedeutung ist dabei der Erhalt und Schutz der Natur, wobei die Rechte indigener Völker maßgeblich berücksichtigt werden sollten. Große Konzerne eignen sich fremdes Land an, um die vorhandenen Ressourcen auszuschöpfen. Indigene Völker sind oft von Landraub betroffen, obwohl sie meist am besten wissen, wie diese Flächen genutzt und geschützt werden können. Die COP30, die erste Klimakonferenz im Amazonasgebiet, weckte die Hoffnung, dass besonders von der Klimakrise betroffene Gemeinschaften auch in Zukunft stärker einbezogen werden. Bei der COP28 in Dubai nahmen etwa 350 indigene Vertreter:innen teil, was einen neuen Rekord darstellte. Dieser wurde jedoch bei der COP30 um Weiten übertroffen. In Belém waren es ungefähr 5.000, davon allein 4.000 aus Brasilien.

Das Amazonasgebiet in Flammen

Das Amazonasgebiet sichert zahlreichen indigenen und kleinbäuerlichen Gemeinschaften Heimat und Nahrung und ist zugleich unverzichtbar für die Stabilität des globalen Klimas. Etwa 50 Millionen Hektar Regenwald gingen in den letzten 37 Jahren verloren. Inzwischen sind rund 23 Prozent der Flächen abgeholzt oder abgebrannt. Hauptursachen hierfür sind die Expansion der Rinderhaltung und der Sojaanbau. In den meisten Fällen erfolgte diese Entwaldung durch Landraub sowie durch die Legitimation der Rohstoffgewinnung durch Großprojekte wie Bergbau, Öl- und Energiegewinnung. Diese Dynamiken beeinflussen die globale Klimakrise und führen zu einem gravierenden Verlust der Biodiversität sowie zu steigenden Treibhausgasemissionen.

Kein Recht auf Nahrung ohne Klimaschutz

Der Verlust biologischer und kultureller Vielfalt führt zu einem Kreislauf aus Umweltzerstörung und Ungleichheit, die vor allem indigene und lokale Gemeinschaften trifft. Eine wirksame und gerechte Klimapolitik im Amazonas ist nur unter der aktiven Einbindung indigener Völker möglich. Diese haben

über Jahrtausende hinweg hochentwickelte Agrarsysteme und Wissen über nachhaltige Landnutzung entwickelt. Indigene Formen der Landwirtschaft und der Landnutzung gewinnen daher bei der Diskussion um dringende Lösungen zunehmend an Bedeutung und waren auch bei der COP30 eine unverzichtbare Grundlage für die Verhandlungen in Belém.

Was bleibt nach der COP30?

Parallel zur COP30 fand in Belém ein Alternativgipfel mit etwa 70.000 Teilnehmenden aus der Zivilbevölkerung statt, darunter zahlreiche NGOs. Neben Verhandlungen und Protestaktionen organisierte die APIB (Articulation of Indigenous Peoples of Brazil) auch eine Demonstration, an der etwa 3.000 Menschen ein Zeichen für Klimagerechtigkeit setzten, indem sie den Schutz indigener Territorien, den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen und die Beteiligung indigener Völker an den Verhandlungen forderten.

Im Nachklang der COP30 bleiben für indigene und zivilgesellschaftliche Organisationen erneut viele Worte, aber wenige wirkliche Handlungsversprechen. Es wurde jedoch beschlossen, bis 2035 jährlich mindestens 1,3 Billionen US-Dollar für den Klimaschutz zu mobilisieren, sowie die Anpassungsfinanzierung bis 2025 zu verdoppeln und bis 2035 zu verdreifachen. Darüber hinaus wurde erstmals ein Bekenntnis gegen Klimadesinformation verabschiedet. Kritisiert wurde oft der fehlende Fahrplan zum Ausstieg aus fossilen Energien.

Der gemeinsame Protest indigener Völker, ziviler Akteur:innen und Organisationen gibt Mut und zeigt, wie wichtig und wirksam zivil organisierte Aufstände sind und was sie bewirken. FIAN Brasilien, FIAN Kolumbien und FIAN International waren Teil der Bewegung in Belém, auch wir von FIAN Österreich werden weitermachen, uns vernetzen und laut sein im Kampf für Ernährungsgerechtigkeit.

Merle Kießwetter studiert Internationale Entwicklung in Wien und absolvierte im Wintersemester 2025 ein Praktikum bei FIAN Österreich.

BERICHTE ZUR LAGE DER WSK-RECHTE

Im Dezember 2025 veröffentlichte FIAN Österreich im Verbund mit einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Bericht über die Lage der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK-Rechte) in Österreich sowie einen Bericht über die extraterritorialen Staatenpflichten (ETOs) Österreichs.

Die Republik Österreich hat den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) 1978 ratifiziert und sich damit verpflichtet, den Menschen Zugang zu ihren Rechten zu gewährleisten. Die Umsetzung wird vom UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im Intervall von fünf Jahren überprüft.

Die letzte Prüfung Österreichs fand im Jahr 2013 statt. Erst 2024 - und damit sechs Jahre zu spät - hat die Republik Österreich wieder einen Bericht an die Vereinten Nationen übermittelt. Die Prüfung findet nun Anfang 2026 bei den Vereinten Nationen in Genf statt.

Der unrühmliche Umgang der Republik Österreich mit ihren Berichtspflichten, hat uns bereits 2020 nicht davon abgehalten einen zivilgesellschaftlichen Bericht über die Lage der WSK-Rechte und die extraterritorialen Staatenpflichten zu veröffentlichen. Die Ende 2025 erschienenen Berichte stellen eine Überarbeitung und Aktualisierung dieser Berichte dar und werden ebenfalls in Genf präsentiert.

Bericht zur Lage der WSK-Rechte in Österreich

Der Bericht macht deutlich, dass soziale Rechte in Österreich strukturell unzureichend geschützt sind. Sie sind weder verfassungsrechtlich abgesichert noch einklagbar. Internationale Menschenrechtsverträge wie der UN-Sozialpakt oder die Europäische Sozialcharta spielen in der Rechtsprechung praktisch keine Rolle. Dadurch bleibt das Recht auf soziale Sicherheit weitgehend ungeschützt – auch gegen politische Eingriffe.

Gleichzeitig werden soziale Sicherungssysteme zunehmend durch Kürzungen, Reformverschärfungen und mangelnde Anpassungen an reale Lebenshaltungskosten ausgehöhlt. Die Sozialhilfe versagt insbesondere dort, wo sie am dringendsten gebraucht wird: Entscheidungsfristen sind zu lang, Härtefallhilfen fehlen, Wohnkostenrichtsätze sind viel zu niedrig. Besonders hart treffen die Defizite Gruppen, die bereits ein hohes Armuts- und Ausgrenzungsrisiko tragen – darunter Alleinerziehende, Familien mit mehreren Kindern, Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen und Geflüchtete.

Der zivilgesellschaftliche Parallelbericht zeigt: Österreich benötigt dringend einen menschenrechtlichen Kurswechsel. Soziale Menschenrechte müssen rechtsverbindlich geschützt, staatliche Leistungen existenzsichernd ausgestaltet und politische Entscheidungen menschenrechtskonform getroffen werden.

Extraterritoriale Staatenpflichten

Mit der Ratifizierung des UN-Sozialpakts im Jahr 1978 hat sich Österreich dazu verpflichtet, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte auch in anderen Ländern zu achten, zu schützen und Maßnahmen zu setzen, damit diese Rechte weltweit verwirklicht werden. Hierbei handelt es sich um die extraterritorialen Staatenpflichten.

In den Beiträgen des Berichts über Österreichs extraterritoriale Staatenpflichten geben die mitwirkenden Organisationen Auskunft über die Auswirkungen ausgewählter österreichischer Politiken wie der Entwicklungs-, Steuer-, Rohstoff-, Agrar- und Ernährungs- und der Klimapolitik auf die WSK-Rechte in Ländern des Globalen Südens und geben Empfehlungen ab, wie die Regierung bestmöglich zur weltweiten Umsetzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte beitragen kann.

Das Recht auf Nahrung wird weltweit am häufigsten verletzt. Bis zu 720 Million Menschen hungern – auch weil Kleinbäuer:innen von Großkonzernen vertrieben werden und keine fairen Preise mehr erzielen. Die österreichische Bundesregierung muss strukturelle Ursachen von Hunger in den Blick nehmen und sich auf UN- und EU-Ebene für eine Stärkung der Rechte der Betroffenen einsetzen.

Breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen

Ohne unsere zivilgesellschaftlichen Partner:innenorganisationen wäre die Umsetzung nicht möglich gewesen. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken!

Folgende Organisationen waren an der Erstellung der Berichte beteiligt: FIAN Österreich, AG Globale Verantwortung, Dreikönigsaktion, Licht für die Welt, VIDC, Die Armutskonferenz, BAWO Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, SOS Mitmensch, Österreichischer Behindertenrat, Bundesjugendvertretung, Österreichischer Berufsverband der Sozialen Arbeit, Interessensgemeinschaft pflegender Angehöriger, promente Austria, arbeit plus – Soziale Unternehmen Österreich, caringeconomy.jetzt, HeVio-Health and Violence.

Berichte online abrufbar unter:

<https://fian.at/de/publikationen/bestellen-download/pb-2025/>
<https://fian.at/de/publikationen/bestellen-download/pb-eto-2025/>

VERANSTALTUNGSBERICHT

FIAN BEI DER 9. ÖSTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSTAGUNG

"Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen" - Das 16. Nachhaltigkeitsziel der Vereinten Nationen war das Thema der 9. österreichischen Entwicklungstagung in Innsbruck, an der auch FIAN Österreich mit zwei Workshops beteiligt war. Wir fuhrten Ende November 2025 gemeinsam mit Ana María Suárez Franco, der Generalsekretärin von FIAN International, zur Tagung nach Innsbruck. Während die frisch verschneite Nordkette in der Sonne unter dem blauen Himmel blitze, wurde in den Räumlichkeiten der Universität Innsbruck drei Tage lang über die aktuelle weltpolitische Lage und Machtverhältnisse diskutiert.

Die Tagung und ihre Themen

Die Entwicklungstagung ist die größte Veranstaltung zu entwicklungspolitischen Themen in Österreich und findet alle drei Jahre an einer der Universitäten mit einem anderen Themenschwerpunkt statt. Hier treffen NGOs, Politiker:innen und internationale Akteur:innen aus diesem Feld zusammen, um sich über Strategien und Lösungen zu aktuellen entwicklungspolitischen Fragen auszutauschen. Sie wird vom Paulo Freire Zentrum koordiniert, das entwicklungspolitische Bildungsarbeit betreibt, und von Organisationen, zu denen auch FIAN Österreich zählt, getragen.

Zentrale Fragen der diesjährigen Tagung waren u.a. wie Friedensbildung gelingen kann und welche Rolle NGOs dabei spielen. Ein weiteres Thema waren autoritäre Tendenzen und geopolitische Interessen. Ana María Suárez Franco hat in einem Kommentar zum Fachbeitrag "Demokratie und Autoritarismus" aus Menschenrechtsperspektive über die Macht von Unternehmen gesprochen, wie sich diese um transnationale Konzerne konzentriert und welche Interessen Regierungen vertreten, die patriarchale und koloniale Muster stärken. Als Lösung schlägt sie den Multilateralismus von unten – „reclaiming the UN from below“ - vor. Auch (Umwelt-)Gerechtigkeit war ein Aspekt der Tagung. In dem Vortrag von Grettel Navas aus Chile ging es unter anderem um die Bewertung von Umweltgütern. In diesem Kontext stellte sie auch ihre Mitarbeit am environmental justice Atlas vor, eine Webseite, auf der Fälle und soziale Konflikte im Bereich der Umweltgerechtigkeit sowie Widerstandsbewegungen dokumentiert werden. Dora María Téllez gab einen beeindruckenden Einblick in die sandinistische Revolution in Nicaragua und wie sich das System wieder zu einem autoritären Regime gewendet hat.

Ein zentraler Bestandteil der Entwicklungstagung waren neben den Vorträgen auch die Workshops, die einen großen Themenpool abdeckten. Zwei Workshopreihen warteten am

Samstag auf uns. Sie sollten Raum für eine vertiefte Auseinandersetzung mit den jeweiligen Themen bieten. War man kurz zuvor im großen Veranstaltungssaal noch eine:r von vielen Zuhörer:innen, fand man sich nun als aktive:n entwicklungspolitische:n Akteur:in in einem Workshop wieder. Hier gab es Zeit zum Austausch und zur Diskussion. FIAN und die ÖBV - Via Campesina Austria gestalteten den Workshop „Die Rechte zukünftiger Generationen“.

Der Workshop von Ana María Suárez Franco, Naomi Reinschmidt und Elisabeth Jost setzte bei der Frage an, wie die Rechte zukünftiger Generationen geschützt werden können, obwohl deren Lebensgrundlagen bereits heute durch politische Entscheidungen, Umweltzerstörung und wirtschaftliche Ausbeutung bedroht sind. In Kleingruppen analysierten wir anhand konkreter Fallbeispiele - darunter die Lage der Geschlechtergerechtigkeit in der Landwirtschaft, die steigende Nutzung von Agrofuels und die auf große Betriebe und produktionsintensive Landwirtschaft ausgerichteten EU-Agrarsubventionen - die jeweiligen Folgen. Wir diskutierten mögliche Lösungsansätze und hinterfragten, wer von bestimmten Maßnahmen profitiert und inwiefern die Rechte zukünftiger Generationen auf Vielfalt, Ernährungssouveränität und Mitsprache beeinträchtigt werden. Die erarbeiteten Maßnahmen wurden anschließend kritisch eingeordnet, indem zwischen sogenannten „people's solutions“ und „false solutions“ unterschieden wurde. Erstere bezeichnen Ansätze, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Teilhabe und Gemeinwohlorientierung fördern und die Rechte zukünftiger Generationen mitdenken.

„False solutions“ hingegen verschleiern bestehende Probleme oder verschieben sie in die Zukunft, indem sie effizienz- und profitorientiert sind, Abhängigkeiten schaffen und ohne echte Partizipation lediglich Symptome bekämpfen. Einen wichtigen analytischen Rahmen lieferte Naomi Reinschmidts Input zur



© FIAN

Lage der europäischen Landwirtschaft und zur Bedeutung von Agrarökologie, kleinbäuerlichen Strukturen und Ernährungssicherheit. Sie zeigte auf, wie industrielle Produktionsweisen, Marktdruck und politische Fehlanreize ökologische Schäden und soziale Ungleichheiten verstärken – und damit genau jene Dynamiken reproduzieren, die zukünftige Generationen ihrer Lebensgrundlagen berauben. Besonders bereichernd war dabei der Austausch zwischen Teilnehmenden mit unterschiedlichen regionalen und fachlichen Hintergründen. Ein weiterer Workshop, der u.a. von FIAN mitgestaltet wurde, widmete sich dem Thema „Menschenrechte und Umweltstandards in einer neuen Ära der Globalisierung“. Im Mittelpunkt stand die EU-Lieferketteninitiative und ihre Bedrohung durch konservative und rechte Parteien im EU-Parlament bzw. den Omnibus-Gesetzen. Der Workshop bot die Gelegenheit, in kleinen Gruppen jeweils einen der Vortragenden zu befragen und somit tiefer in die Themen einzutauchen. Dabei kamen, wie auch der Hintergrund der Teilnehmenden, vielschichtige Diskussionen zustande.

Ein persönliches Fazit

Für uns als Praktikant:innen boten die Workshops nicht nur fachlichen Input, sondern auch die Möglichkeit, unsere eigene Rolle in der entwicklungspolitischen Arbeit zu reflektieren, neue Perspektiven für zukünftiges Engagement mitzunehmen und sich mit Menschen mit unterschiedlichen Expertisen auszutauschen.

Mit einem Kopf voller neuer Ideen, Impulsen, Eindrücken und Fragen kehrten wir zurück mit dem Wissen, dass wir nicht allein dabei sind, uns für Menschenrechte und Umweltstandards einzusetzen.

Da das Recht auf Nahrung verschiedene Bereiche betrifft, gibt es viele Überschneidungen zu weiteren Themen der Nachhaltigkeit und Menschenrechten. Themen dieser Art sind oft langwierig und können zu Frustrationen führen.

Umso dankbarer waren wir, mit Menschen zu reden, denen es genauso geht, die aber auch neue Ideen und Ansätze hatten. Diese inspirierenden Menschen, die sich auf verschiedene Weise für Menschenrechte einsetzen, haben wir als sehr bestärkend und bereichernd empfunden, genauso wie die Möglichkeit, Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken, wofür wir uns tagtäglich einsetzen: das Recht auf Nahrung.

Und zuletzt wurde ein weiteres Mal deutlich, wie zentral diese Themen für aktuelle entwicklungspolitische Debatten sind. Fragen nach der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen, nach autoritären Entwicklungen und nach verbindlichen Umweltstandards betreffen nämlich nicht nur einzelne Länder, sondern globale Macht- und Wirtschaftsstrukturen. Gerade für FIAN sind diese Zusammenhänge von großer Bedeutung.

Was wir jedoch auch gemerkt haben, ist die Notwendigkeit von Mittagspausen. Bei einem so themenreichen Wochenende kann durchaus die Konzentration darunter leiden - zumindest war das bei uns der Fall. Nach der Stärkung beim Mittagessen und einem sonnigen Spaziergang mit fabelhafter Bergkulisse änderte sich das und wir waren motiviert für den zweiten Teil des Samstages. Am Sonntag kehrten wir mit vielen neuen Eindrücken und Gedanken mit dem Zug nach Wien zurück.

Merle Kießwetter, Liva Schäfer und Severin Böhm absolvierten im Wintersemester 2025 ein Praktikum bei FIAN Österreich.

SECTIONS MEETING



© FIAN

DIE EUROPÄISCHEN FIAN-SEKTIONEN ZU GAST IN WIEN!

Z Im November haben wir in unserem Büro in Wien Kolleg:innen der FIAN-Sektionen aus Belgien, Deutschland, Norwegen, der Schweiz sowie von FIAN International zum Austausch und zur gemeinsamen Strategiearbeit begrüßt.

An zwei intensiven Tagen haben wir uns gegenseitig gestärkt, themenübergreifende Allianzen geschmiedet und mit dem Besuch des genossenschaftlich organisierten Mitmach-Supermarkts MILA in Wien-Meidling ein praktisches Beispiel für transformatives Wirtschaften kennengelernt. Besonders bereichert wurde das Treffen durch die Teilnahme unserer Generalsekretärin und ständigen UN-Vertreterin in Genf, Ana María Suárez Franco. Die Zusammenarbeit mit den Kolleg:innen war zugleich eine Weichenstellung für unsere weitere Planung und Kooperation.

Inhaltlich arbeiteten wir verstärkt zu drei Schwerpunkten: In der internationalen Fallarbeit rücken zu den seit Jahrzehnten prägenden Themen zunehmend neue Dynamiken rund um internationale Kohlenstoffmärkte und Digitalisierung in den Fokus, die angepasste Ansätze und zusätzliche Expertise erfordern. Bei den Menschenrechten zukünftiger Generationen dienen uns die 2023 verabschiedeten Maastrichter Grundsätze

als zentrales Instrument, um vorausschauende politische Entscheidungen einzufordern, die die Lebensgrundlagen nachfolgender Generationen sichern (siehe Food First 1/25). Und mit „Good Food 4 All“ arbeitet ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis daran, eine Million Unterschriften zu sammeln, um das Recht auf Nahrung mithilfe der Europäischen Bürger:inneninitiative in den Rechtsvorschriften der EU zu verankern (mehr dazu auf Seite 14).

Alle Sektionen stehen in ihren Ländern vor ähnlichen Herausforderungen: Der europaweite Rechtsruck schafft ein demokratie- und menschenrechtsfeindliches Klima und lässt den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft schrumpfen. Druck auf Aktivist:innen und prekäre Finanzlagen für Organisationen sind die Folge. Gerade deshalb sind Treffen internationaler Solidarität und Kooperation unverzichtbar. Mit neuem Rückenwind und klaren gemeinsamen Zielen setzen wir unsere Arbeit für das Recht auf Nahrung entschlossen fort!

KAMPAGNE

GOOD FOOD 4 ALL – DIE EUROPÄISCHE BÜRGER:INNENINITIATIVE FÜR DAS RECHT AUF NAHRUNG

In Europa können sich viele Menschen gesunde, nachhaltige Lebensmittel nicht leisten, während Bäuer:innen unter Preisdruck leiden und unsere Umwelt massiv belastet wird. Mit der Europäischen Bürger:inneninitiative Good Food 4 All und deiner Unterstützung setzen wir ein starkes Zeichen: Das Recht auf Nahrung muss in der EU endlich zur Realität werden – für alle Menschen, unabhängig von Einkommen und Wohnort.

FIAN Österreich setzt sich in einem europaweiten Bündnis mit mehr als 290 zivilgesellschaftlichen Organisationen für die europäische Bürger:inneninitiative Good Food 4 All ein. Die Initiative startete im Jänner 2026 und zielt darauf ab, das Recht auf Nahrung in allen EU-Rechtsvorschriften verbindlich zu verankern. Sie beinhaltet 16 umfangreiche Forderungen, um in allen Bereichen ein gesundes, gerechtes und ökologisches Ernährungssystem zu erreichen. Wir fordern:

- + Faire Einkommen für Kleinbäuer:innen und Schutz für Beschäftigte im Bereich der Lebensmittelproduktion und -verarbeitung
- + Soziale Sicherungssysteme, die Ernährungsarmut und -unsicherheit verhindern
- + Die Begrenzung der Marktmacht großer Konzerne im Agrarsektor und Lebensmitteleinzelhandel
- + Stärkung von agrarökologischer Landwirtschaft, Artenvielfalt und Tierschutz
- + Öffentliche Einrichtungen wie Schulen sollen mit gesunden, regionalen und leistbaren Mahlzeiten versorgt werden, damit jedes Kind gut essen kann
- + Wirksame Regeln gegen Spekulation mit Lebensmitteln, gegen den Export toxischer Pestizide und gegen Lebensmittelverschwendung
- + Verbindliche Regeln zur Achtung des Rechts auf Nahrung entlang der gesamten Lieferkette

Was ist eine europäische Bürger:inneninitiative?

Eine Europäischen Bürger:inneninitiative (EBI) ist ein offizielles Beteiligungsinstrument der Europäischen Union. Damit können wir als Bürger:innen, die Europäische Kommission auffordern, eine Verordnung, Richtlinie oder einen ähnlichen Rechtsakt zu einem bestimmten Thema zu erarbeiten. Erste Voraussetzung dafür ist eine Gruppe von mindestens sieben Organisator:innen, die in 7 verschiedenen Mitgliedstaaten wohnen und das Wahlrecht zum Europäischen Parlament



besitzen. FIAN Europa mit Sitz in Brüssel hat dies federführend für die nationalen FIAN-Sektionen übernommen. Nachdem wir 2025 den offiziellen Initiativtext bei der EU-Kommission registriert haben, beginnt nun die Unterschriftensammlung. Damit unsere EBI Erfolg hat, müssen wir innerhalb eines Jahres mindestens 1.000.000 gültige Unterschriften als Unterstützungsbekundungen einreichen. In mindestens sieben Mitgliedstaaten muss ein an der Bevölkerungsgröße jedes Mitgliedsstaats bemessener Schwellenwert erreicht werden – in Österreich sind das mindestens 14.400 Unterschriften. Wenn all diese Hürden überwunden sind, ist die EU-Kommission verpflichtet öffentlich Stellung zu nehmen und zu erklären, ob und warum sie einen Gesetzesvorschlag macht, oder nicht. Trotz vielen Herausforderungen, die für den Erfolg einer EBI gemeistert werden müssen, ist sie das erste und einzige transnationale direktdemokratische Instrument in der EU. Sie bietet die Möglichkeit die Zivilgesellschaft in Europa zu stärken, internationale Bündnisse zu bilden und Öffentlichkeit für wichtige Themen zu generieren.

Damit die Initiative erfolgreich ist, braucht es Deine Unterstützung!

Unterschreiben: Unterstütze die Initiative mit deiner Unterschrift online auf <https://eci.ec.europa.eu/053/public>

Weitertragen: Teile die Initiative in deinen Netzwerken und sprich mit Freund:innen, Familie und Kolleg:innen darüber.

Verbinden: Lade deine Organisation, deinen Verein oder deine Gruppe ein, sich der Koalition anzuschließen und gemeinsam Aktionen zu setzen.

Bei Rückfragen oder Unterstützungsinteresse, melde dich bei Elli (elisabeth.jost@fian.at)

FILMTAGE ZUM RECHT AUF NAHRUNG

HUNGER.MACHT.PROFITE.14 – VON LANDGRABBING, AGRARÖKOLOGISCHER LANDWIRTSCHAFT UND INDIGENEM WIDERSTAND

Zum 14. Mal fanden im Herbst 2025 die Filmtage zum Recht auf Nahrung – Hunger. Macht. Profite. statt. Erstmals machten die Filmtage in allen neun Bundesländern Halt und zeigten dabei verschiedene Filme und Dokumentationen über globale Landwirtschaft und Ernährung. Es wurden dabei nicht nur Probleme, sondern auch Lösungen aufgezeigt. Denn wie jedes Jahr hatte das Publikum auch bei dieser Ausgabe von Hunger.Macht.Profite. die Möglichkeit, sich in einem Filmgespräch mit Impulsgeber:innen über die Filme und mögliche Lösungsansätze auszutauschen.



Das Team der Filmtage Hunger.Macht.Profite.14
© FIAN

Von 9. Oktober bis 28. November tourten die Filmtage zum Recht auf Nahrung – Hunger.Macht.Profite. mit abwechslungsreichen Filmen im Gepäck bereits zum 14. Mal durch Österreich. Dieses Jahr konnte das Hunger.Macht.Profite.-Team auch wieder zwei Österreich-Premieren ins Programm und auf die österreichischen Kinoleinwände holen: „Landgrabbed“ von Magdalena Krukowska ist eine Dokumentation über Landgrabbing in zwei westafrikanischen Gemeinden und zeigt auf, welche einschneidenden Folgen Landgrabbing für die lokale Bevölkerung hat. In „Shepherding Hope“ nimmt Oliver Dickinson das Publikum mit auf eine Reise durch Frankreich zu Landwirt:innen, die Tierhaltung neu denken. Es ist ein inspirierender Film darüber, wie Landwirtschaft im Einklang mit der Natur gelingen kann. Im Rahmen der Filmtage wurde auch die Festival-Premiere „We Are Guardians“ von Edivan Guajajara, Chelsea Greene und Rob Grobman – eine bewegende Dokumentation über den Widerstand indigener

Gemeinschaften im Amazonasregenwald – gezeigt. Des Weiteren war mit „The Pickers“ von Elke Sasse ein Film über die Arbeitsbedingungen in der Produktion unserer Lebensmittel im Programm. Dieser Film wirft einen Blick auf unsichtbare Realitäten hinter den prall gefüllten Obst- und Gemüseregalen in unseren Supermärkten. An drei Orten zeigte Hunger.Macht. Profite. auch ein Kurzfilm-Special zum Thema „Widerständige Frauen“. Die Kurzfilme porträtierten Frauen in einem kleinen Fischer:innendorf, eine Kärntner Bergbäuerin und eine allein-erziehende Mutter in den USA. Alle Frauen setzten sich unterschiedlich und auf ihre Weise für die Verbesserung ihrer Lebensrealitäten ein.

Von Oberwart bis Mellau

Nach dem Start der Filmtage am 9. Oktober in Wien machte die 14. Ausgabe von Hunger.Macht.Profite. erstmals in allen österreichischen Bundesländern – von Burgenland bis Vorarlberg – Halt. Neben Filmvorführungen in den Landeshauptstädten wie Graz und Innsbruck wurden auch wieder zahlreiche Filmabende in kleineren Orten wie Lanzenkirchen oder Hattendorf bei Wolfsberg veranstaltet. Denn ein Ziel von Hunger.Macht. Profite. ist es, Themen rund um das Recht auf Nahrung einem möglichst breiten Publikum und auch einem Publikum abseits der größeren Städte zugänglich zu machen. Im Rahmen von Hunger.Macht.Profite. 14 wurden insgesamt 24 Filmabende an 21 verschiedenen Spielorten veranstaltet.

An allen Filmabenden gab es für das Publikum auch die Möglichkeit, sich in einem Filmgespräch mit eingeladenen Impulsgeber:innen über den Film auszutauschen. Dabei war Raum, um über die aufgezeigten Probleme, aber vor allem auch über mögliche Lösungsansätze zu sprechen. Nach den erfolgreichen Filmtagen im Herbst 2025 ist die Planung für die 15. Ausgabe von Hunger.Macht.Profite. bereits im vollen Gange. Wir freuen uns auf spannende Filme und inspirierende Filmgespräche im Herbst 2026!

ICH UNTERSTÜTZE FIAN UND MÖCHTE:

- ☐ unverbindlich für ein Jahr Informationen per Post erhalten.
- ☐ regelmäßig Informationen per E-Mail erhalten.
- ☐ mich mit anderen Aktivist:innen engagieren.
- ☐ das FOODFirst Magazin abonnieren.
(15 € jährlich, für Mitglieder kostenlos)
- ☐ FIAN-Mitglied werden.
Mein jährlicher Beitrag soll sich belaufen auf:
☐ 52 €
☐ einen ermäßigten Beitrag: €
☐ einen erhöhten Beitrag: €
☐ und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- ☐ Die Arbeit von FIAN
☐ einmalig ☐ monatlich ☐ jährlich
 mit € unterstützen.
☐ und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- ☐ Ich bin FIAN Mitglied und möchte meinen Beitrag erhöhen
 um € ☐ monatlich ☐ jährlich

Name

Organisation

Straße

PLZ/Ort

E-Mail

Datum/Unterschrift

An
 FIAN Österreich
 Schwarzschanierstraße 15/6/18
 1090 Wien

Ausfüllen, abtrennen und versenden
 oder mailen an: office@fian.at

**DIE EUROPÄISCHE
BÜRGER:INNENINITIATIVE
FÜR DAS RECHT AUF
NAHRUNG**



**GOOD
FOOD
4ALL**

UNTERSCHREIBE JETZT




Impressum

FIAN Österreich - Food First Magazin 1/2026

Herausgeber:in
 FIAN Österreich
 Schwarzschanierstr. 15/6/18, 1090 Wien
 Tel. 01-2350 239
 E-Mail: office@fian.at
 Internet: www.fian.at
 ZVR: 937 480 634



Redaktion: Lukas Schmidt

Layout: Lukas Schmidt

Druck: druck.at, 2544 Leobersdorf

Fotos

Cover, Mark Stebnicki
 S.0, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 13, 14, 16 FIAN

Ausgabe 1/2026
 Erscheinungsdatum: Februar 2026
 Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt A-1090 Wien

Magazin für Mitglieder kostenlos
 Abopreis 15 €, Förderabo 30 €

Spendenkonto
 FIAN Österreich
 IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600
 BIC: GIBAATWWXXX

Gefördert durch die

 Österreichische
 Entwicklungs-
 zusammenarbeit

Gefördert durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit. Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Fördergeber dar.



FIAN
ÖSTERREICH

INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

Weltweit werden Menschen durch die vorherrschenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen systematisch daran gehindert, ihr Menschenrecht auf Nahrung durchzusetzen. FIAN setzt sich als internationale Menschenrechtsorganisation dafür ein, dass alle Menschen frei von Hunger sowie in Würde leben und sich eigenverantwortlich ernähren können. FIAN tut das auf Basis internationaler Menschenrechtsabkommen, insbesondere des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Mit 21 Sektionen und Koordinationen und Mitgliedern in 50 Ländern ist FIAN weltweit präsent. Seit 30 Jahren wirkt die Arbeit von FIAN lokal, national und auf internationaler Ebene. Als FIAN Österreich zeigen wir die Mitverantwortung der österreichischen Politik und Unternehmen am weltweiten Hunger auf. Von ihnen fordern wir bei Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung Rechenschaft ein.

FIAN engagiert sich in konkreten Fällen vor Ort. Gleichzeitig setzen wir uns für politische Rahmenbedingungen ein, die Menschenrechte zum Maßstab haben.

FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/6/18
1090 Wien